

FdP-MdL Ingrid Pieper-von Heiden:

Zahlenakrobatik der SPD löst sich in Luft auf

Düsseldorf/Lippe. Die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, Ingrid Pieper-von Heiden, hat die Zahlenakrobatik der SPD-Abgeordneten Ute Schäfer kritisiert und als falsch zurückgewiesen. "Mit der Veröffentlichung der neuen Unterrichtsausfallstatistik stellen FDP und CDU unter Beweis, dass sie ihre Wahlversprechen einhalten", So die Abgeordnete..

Weiter heißt es in ihrer Presseerklärung: "Der Unterrichtsausfall ist mit 2,0 Prozent im Vergleich zu Rot-Grün mehr als halbiert worden", erklärt Pieper-von Heiden. Bereits zum Schuljahr 2008/2009 hat die FDP-CDU-Koalition netto 5.084 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen. Zum Schuljahr 2009/2010 wird diese Zahl auf netto rund 7.000 zusätzliche Lehrerstellen ansteigen. Die SPD-Abgeordnete Ute Schäfer behauptet dennoch, dass sich - aufgrund der Erfassung der Unterrichtsausfallstatistik an etwa 300 Schulen - feststellen lasse, dass in NRW rund 5.800 Lehrerstellen nicht besetzt seien. "Die Stichprobe zum Unterrichtsausfall ist repräsentativ, jedoch entspricht die Gewichtung der Schulformen nicht der tatsächlichen Verteilung der Lehrerstellen an den unterschiedlichen Schulformen, da zum Beispiel Berufskollegs mit einem Fachlehrermangel verstärkt in diese Statistik einfließen", erklärt Pieper-von Heiden.

"Die von Ute Schäfer vorgenommene Hochrechnung ist schlichtweg falsch. Tatsächlich sind lediglich rund 500 der etwa 150.000 Stellen fluktuationsbedingt unbesetzt. Dies ist unter anderem auf Schwangerschaftsurlaube und Frühverrentungen zurückzuführen", betont die FDP-Bildungsexpertin. Dagegen hat im Jahr 2004 die damalige Schulministerin Ute Schäfer als Erfolg verkündet, dass SPD und Grüne statt der vom eigenen Finanzminister geforderten 28.000 Lehrerstellen "lediglich" 16.000 Lehrerstellen bis 2013 abbauen werden. "Zu Zeiten rot-grüner Verantwortung lag die Lehrerstellenausstattung an den unterschiedlichen Schulformen unter 100 Prozent des Bedarfs, während der schwarz-gelbe Haushalt die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für eine Stellenausstattung von 104 Prozent an allen Schulformen vorsieht."